

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.02.2025
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	18:53 Uhr
Ort, Raum:	Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Einwohnerfragestunde
 - 2 Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglieds 2025/0351
 - 3 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
hier: Änderung der Vergaberichtlinien (Anlage 2 zu § 4) 2025/0327
 - 4 Abschluss einer Chancenvereinbarung zur Umsetzung der Säule
II des Startchancenprogramms an der Grundschule St. Josef
Merzig 2025/0355
 - 5 Abschluss eines Beförderungsvertrages für die
Schülerbeförderung an Merziger Grundschulen - Streichung
eines Zusatzes 2024/0217-003
 - 6 Zuschuss und Servicepauschale Anruflinientaxi (ALiTa) 2025/0344

7	Bewirtschaftung von Teilflächen des Stadtwaldes durch einen Dienstleister	2024/2331
8	Forstwirtschaftsplan 2025	2025/0325
9	Haushalt 2025	
9.1	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2025	2025/0328
9.2	Antrag nach § 8 Absatz 4 und 5 Saarlandpaktgesetz	2025/0339
10	Werbeanlagen- und Warenautomatensatzung "Kreisstadt Merzig", 1. Fortschreibung; Einleitung des Verfahrens	2024/0207
11	Errichtung eines Mobilfunkmastes im Stadtteil Brotdorf	2024/0188
12	Wegenetzstruktur auf dem Friedhof Propsteistraße	2024/0118
13	Verabschiedung des Abfallvermeidungskonzeptes der Kreisstadt Merzig	2024/0151
14	Kostenübernahme des Brauchtumsgutachtens; hier: Antrag der Freie Wähler Merzig/FDP-Stadtratsfraktion	2025/0359
15	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende würdigt den Werdegang und das Wirken des verstorbenen Stadtratsmitglieds Bernd Altpeter und bittet die Anwesenden, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

Anschließend eröffnet der Vorsitzende die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Er informiert darüber, dass Dennis Konz (AfD) sein Stadtratsmandat niedergelegt hat. Da die Wahlbewerberliste der AfD erschöpft ist, bleibt ein Sitz im Stadtrat unbesetzt. Ihm gehören zukünftig nur noch 44 Mitglieder an, die AfD-Fraktion zählt fünf Mitglieder.

Weiterhin informiert er über den Zusammenschluss der Freien Wähler Merzig und der FDP zur FWM/FDP-Fraktion mit Wirkung zum 01.01.2025.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 Verpflichtung eines neuen Stadtratsmitglieds

2025/0351
zur Kenntnis genommen

Herr Adler wird gemäß § 33 Abs. 2 KSVG von Oberbürgermeister Hoffeld durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung seines Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

3 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates hier: Änderung der Vergaberichtlinien (Anlage 2 zu § 4)

2025/0327
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Die in der Anlage 2 zu § 4 der Geschäftsordnung unter Nrn. 1.3. und 1.4.1. festgeschriebene Wertgrenze für freihändige Vergaben wird von 3.000 € auf 5.000 € heraufgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

-
- 4 **Abschluss einer Chancenvereinbarung zur Umsetzung der Säule II des Startchancenprogramms an der Grundschule St. Josef Merzig** **2025/0355**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende spricht zur Vorlage. Er dankt der Grundschule St. Josef für die bisher gute Umsetzung der ersten Maßnahmen des Projektes.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss einer Chancenvereinbarung zur Umsetzung der Säule II des Startchancenprogramms an der Grundschule St. Josef zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

-
- 5 **Abschluss eines Beförderungsvertrages für die Schülerbeförderung an Merziger Grundschulen - Streichung eines Zusatzes** **2024/0217-003**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende dankt der neu gegründeten Verkehrsgesellschaft Merzig-Wadern für die deutlichen Verbesserungen gegenüber der Vergangenheit.

Stadtratsmitglied Guckeisen (CDU) spricht ebenfalls die nicht zufriedenstellende Situation in der Vergangenheit an, es habe viele Beschwerden von Schülern und Eltern gegeben, oftmals seien Schüler zu spät gekommen. Die Servicequalität des bisherigen Dienstleisters und auch die Kommunikation in Beschwerdefällen habe zu wünschen übriggelassen. Der neue Betreiber gehe das Thema viel engagierter an, Pünktlichkeit und Qualität hätten sich deutlich verbessert. Sie dankt im Namen der CDU-Fraktion für das wiederhergestellte Vertrauen.

Beschluss:

Im bestehenden Beförderungsvertrag mit VMW wird in § 1 Ziff. 3 am Ende der Zusatz „(...) sowie die Beförderung der Kindergarten-Kinder von Wellingen nach Schwemlingen in die Kita“ gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	0

Stadtratsmitglied Joris (CDU) hat wegen Befangenheit weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilgenommen.

6 Zuschuss und Servicepauschale Anruflinientaxi (ALiTa)

2025/0344
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage.

Beschluss:

Dem Zuschuss für ALiTa in Höhe des Taxameterstands abzüglich Fahrgeldeinnahmen (Servicepauschale sowie ggfs. gelöster Einzelfahrschein) ab 01/2025 sowie einer Erhöhung der Servicepauschale auf 4,00 € ab 01.04.2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

7 Bewirtschaftung von Teilflächen des Stadtwaldes durch einen Dienstleister

2024/2331
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt aus, dass der Fachausschuss und die Ortsräte der Vorlage zugestimmt hätten.

Beschluss:

Der Bewirtschaftung von Teilflächen des Stadtwaldes durch einen Dienstleister wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
39	0	1

8 Forstwirtschaftsplan 2025

2025/0325
ungeändert beschlossen

Fraktionsvorsitzender Klees (Bündnis 90/Die Grünen) sehe viel Positives im Forstwirtschaftsplan. Die Entscheidung, die Einschlüsse weiterhin niedrig zu halten sowie die Thematisierung der Resilienz nehme er erfreut zur Kenntnis. In der Zukunft sollte das Thema Resilienz jedoch im Vordergrund stehen, um sich für die Herausforderungen des Klimawandels zu wappnen. Da ihm der Plan in diesem Aspekt nicht weit genug gehe, werde sich seine Fraktion der Abstimmung enthalten.

Der Vorsitzende bietet an, wie auch in der Vergangenheit in den Fachausschüssen tiefgreifend zu diskutieren und Wünsche oder Anregungen der Fraktionen einzubinden.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) betont die Wichtigkeit, die der Forstwirtschaftsplan für den Gemeindewald und somit für die Einwohnerinnen und Einwohner, für Familien und Kinder habe. Seit Jahren schon setze man sich mit dem Werk auseinander und habe als Stadtrat gemeinsam große Schritte nach vorne gemacht. Beispielhaft führt er Stilllegungsflächen an, die man auf ein Maß angehoben habe, das Flora und Fauna zu Gute komme. Man trage in Mitleid mit vielerlei Maßnahmen dazu bei, das Ziel, einen schönen Gemeindewald zu erhalten, zu fördern.

Beschluss:

Der Forstwirtschaftsplan 2025 wird beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	3

9 Haushalt 2025

9.1 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2025

2025/0328
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt an, dass die Kommunen seit Jahren vor beispiellosen Herausforderungen stünden. Es gebe immer mehr Aufgaben, Vorgaben und Verantwortlichkeiten, die Personal und Geld binden würden und die Haushalte massiv belasteten. An dieser Tatsache habe sich bis zum heutigen Tag nichts geändert. Allerdings gewinne man immer mehr den Eindruck, dass die finanziellen und bürokratischen Herausforderungen permanent größer würden.

Schon die Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2024 sei ein schwieriges Unterfangen gewesen. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen, wie den Auswirkungen des

Ukraine-Krieges, der Energiekrise und der hohen Inflation, sei es in den vergangenen Jahren immer gelungen, dem Rat einen genehmigungsfähigen Haushalt zur Beschlussfassung vorzu-

legen.

Für die Aufstellung des Haushaltes 2025 hätten sich jedoch die Herausforderungen noch weiter verschärft, die finanziellen Herausforderungen seien noch größer geworden. Obwohl die Erträge, insbesondere durch höhere Schlüsselzuweisungen und Steuereinnahmen, auf rund 84,9 Mio. € gestiegen seien, weise der Ergebnishaushalt einen Verlust von rund 4,1 Mio. € aus. Der Grund dafür sei, dass die Aufwendungen bei rund 89 Mio. € lägen und somit deutlich höher gestiegen seien, als die Einnahmeseite.

Die Gründe hierfür seien vielfältig, besonders drei Punkte seien zu nennen, auf die man aber keinen Einfluss habe. Die Kreisumlage steige erneut um rund 900 T€. Dies sei hauptsächlich auf die steigenden Kosten des Landkreises in den Bereichen Jugend und Soziales sowie auf die Finanzierung des SHG-Klinikums zurückzuführen. Ein weiterer Punkt sei in der Infrastruktur zu sehen. Die Kosten für die Unterhaltung der Infrastruktur und auch die Energiekosten seien erheblich gestiegen. Der dritte Punkt hänge mit Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst und höheren Zinsen für Kredite zusammen. Auch die Belastungen durch Sonderkredite und deren Zins- und Tilgungsleistungen würden immer größer.

Der Saarlandpakt, der die finanzielle Handlungsfähigkeit sichern soll, sehe einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor. Aufgrund der genannten Faktoren und der Tatsache, dass die Kreisstadt Merzig durch die unterstellte Normalentwicklung rd. 4,8 Mio. € gegenüber den realen Werten verliere, ergebe sich ein strukturelles Defizit von rund 7,6 Mio. €. Dies übersteige das zulässige Defizit von 3,6 Mio. € um rund 4 Mio. €.

Zum ersten Mal müsse man dem Rat daher einen Haushalt zur Beschlussfassung vorlegen, welcher nach dem Regelwerk des Saarlandpaktes nicht genehmigungsfähig sei.

Da diese Entwicklung absehbar gewesen sei, habe man Mitte 2024 das Gespräch mit dem saarländischen Innenministerium gesucht und mitgeteilt, dass es trotz aller Sparbemühungen nicht gelinge, die Vorgaben des Saarlandpaktes einzuhalten. Dies betreffe mehrere saarländische Kommunen. Damit der Haushalt genehmigt werden könne, werde man beim Innenministerium einen Antrag auf Anpassung der Vorgaben für das jahresbezogene strukturelle Ergebnis stellen. Dieser Antrag werde im Wesentlichen mit der massiven Steigerung der Kreisumlage begründet und zeige gleichzeitig auf, dass eine Konsolidierung dieser Steigerung aus dem laufenden Haushalt nicht mehr möglich sei. Diese Vorgehensweise sei mit dem Innenministerium und mit der Kommunalaufsicht abgesprochen. Darüber hinaus werde man zum wiederholten Male fordern, die Vorgaben des Saarlandpaktes dringend zu verändern, da es sonst rechnerisch nahezu unmöglich sein werde, wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Trotz der schwierigen finanziellen Situation werde man im Jahr 2025 wichtige Investitionen in die Zukunft tätigen. Der Haushalt enthalte investive Ein- und Auszahlungen in Höhe von rund 18,6 Mio. €.

Einige Schwerpunkte seien im Bereich der Schulen und Kitas zu suchen. Man investiere rund 6 Mio. € in die Schulen und Kindertageseinrichtungen, um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen und eine moderne und hochwertige Bildung zu gewährleisten. Rund 1,3 Mio. € investiere die Stadt in eine bedarfsgerechte und zeitgemäße Ausstattung der Feuerwehren, auch in den Hochwasserschutz. Für Ersatzbeschaffungen beim Baubetriebshof einschließlich des Grundstücksankaufs für den neuen Standort seien Mittel in Höhe von rd. 2,7 Mio. € vorgesehen. Auch beim Endausbau von Straßen setze man neue Impulse und investiere in die Sanierung von Brücken und anderen Infrastruktureinrichtungen. Auch energetische Maßnahmen stün-

den an: Die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED werde fortgesetzt und weitere energetische Maßnahmen umgesetzt, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Auch die Vereine und kulturellen Einrichtungen unterstütze man mit Zuschüssen.

Die Konsolidierung des Haushalts bleibe jedoch eine zentrale Aufgabe. Man werde alle Möglichkeiten prüfen, um Einsparpotenziale zu realisieren und die Einnahmen zu verbessern. Dazu gehöre, nach Auffassung der Kommunalaufsicht, auch die Priorisierung der freiwilligen Leistungen, welche die kommunale Selbstverwaltung letztlich ausmachten und die Prüfung von Synergieeffekten im Bereich der Infrastruktur. Ebenso werde erwartet, dass auf der Einnahmenseite perspektivisch eine Erhöhung der Realsteuerhebesätze sowie der Kostendeckungsgrade beispielsweise bei Gebühren diskutiert und umgesetzt werde.

Gleichzeitig fordere man vom Land die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und wünsche sich, dass nicht durch immer neue Gutachten wichtige Entscheidungen vertagt würden. Die Umsetzung, auf die man schon lange warte, würde die Kreisstadt Merzig finanziell spürbar entlasten. Ebenso fordere man eine Überarbeitung der Vorgaben des Saarlandpaktes. An den Bund appelliere man, dringend mehr Geld in das Saarland und seine Kommunen fließen zu lassen. Der Vorsitzende wolle damit aber nicht die aktuelle Landes- bzw. Bundesregierung kritisieren, denn auch vorangegangene Regierungen hätten parteiübergreifend zu wenig Geld zur Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung gestellt. Der Bund müsse die saarländischen Kommunen mit einer Altschuldenregelung unterstützen.

Trotz aller Herausforderungen sei der Vorsitzende zuversichtlich, dass gemeinsam dafür gesorgt werden könne, dass Merzig für seine Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin eine attraktive und lebenswerte Stadt bleibe. Mit dem Haushalt 2025 werde man die Weichen in diese Richtung stellen.

Er danke allen, die an der Erstellung dieses Haushalts mitgewirkt haben, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die innerhalb ihrer Fachbereiche alle Einsparpotenziale geprüft hätten. Ebenso danke er dem Team des Bereichs Finanzmanagement, das federführend die Aufstellung des Haushaltsplanes übernommen hätten.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) dankt ebenfalls der Stadtverwaltung für die Aufstellung des Haushaltes. Alle Fragen, die man an die Verwaltung gerichtet hätte, seien zufriedenstellend beantwortet worden. 2025 werde man Schwerpunkte auf das Thema Bildung, aber auch auf die Sicherheit legen, sowohl der kommunale Ordnungsdienst als auch die Feuerwehr würden gestärkt. Ebenso investiere man in die Lebensqualität vor Ort.

Kürzungen seien leider in allen Bereichen notwendig gewesen, die bedarfsgerechte Daseinsvorsorge werden dennoch gewährleistet. Der Sanierungsrat habe wegen der außergewöhnlichen Krisensituation eine Notlage für 2024-2027 erkannt, sodass strukturelle Fehlbeträge zugelassen würden. Man müsse sich jedoch fragen, was nach 2027 passiere. Die Zukunftsprognose sei nämlich deutlich schlechter als das, was man heute berate. Trotz Lockerung liege man mit dem strukturellen Defizit deutlich über dem zulässigen Betrag, es laufe also etwas schief bei der Finanzierung der Kommunen. Auch der Saarlandpakt müsse reformiert werden. Die CDU-Fraktion werde natürlich auch dem Antrag auf die Ausnahmegenehmigung zustimmen und warte auf die schriftliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht zu den Konsolidierungsmaßnahmen. Den Prozess werde man aber kritisch begleiten. Der Finanzbedarf sei deutlich höher, als die Zuweisungen, da die Kreisstadt Merzig insbesondere aufgrund der vielen Stadtteile und der großen Fläche eine andere Infrastruktur vorhalten müsse, als andere Kreisstädte.

Die Vorgaben zum Ausbau der Ganztagschulen oder Kitas seien leider nicht mit den Mitteln hinterlegt worden, die nötig seien, auch hier fordere man Reformen. Auch die Kreisumlage sei in den letzten Jahren stark angestiegen, hier müsse man hinterfragen, ob alle gezahlten Sozialleistungen sinnvoll und notwendig seien. Diese Fragen könne man aber nicht auf Ebene der Kommunen und Landkreise klären. Die CDU-Fraktion bekenne sich jedoch zur Rettung der SHG-Klinik in Merzig, die ebenfalls für Kostensteigerungen in der Kreisumlage Sorge, wobei man sich die Finanzierung in der letzten Legislaturperiode anders vorgestellt habe. Seit vielen Jahren gehe den Kommunen in absehbarer Weise und trotz vieler ungehörter Resolutionen das Licht aus. Dabei gehe es, wie der Vorsitzende bereits angesprochen habe, nicht um Parteipolitik, denn auch vergangene Regierungen hätten keine Lösungen angeboten und weitere Vorgaben gemacht. Die Lockerungen bis 2027 seien zwar zu begrüßen, aber auch Zinsen und Tilgungen der Sonderkredite schlugen in den kommenden Jahren deutlich zu Buche.

Der kommunale Finanzausgleich müsse ebenfalls reformiert werden, dafür müsse man sich als Kommune stark machen, wobei ein Zusammenwirken aller 52 Kommunen schwierig sei, gerade mit den Kommunen, die durch eine Reform schlechter gestellt würden. Er erwarte jedoch, dass in Zukunft auf höherer Ebene auch unangenehme Entscheidungen getroffen würden. Zentraler Lebensort seien die Kommunen, dort würden die Entscheidungen getroffen, die für die Bürgerinnen und Bürger wichtig seien. Bei freiwilligen Leistungen habe man bereits gekürzt in den letzten Jahren.

Ferner betrachte man die gestiegenen Investitionskosten und die unsicheren Förderbedingungen. Für den Ausbau der Ganztagschulen gebe es einen Bedarf von ca. 14 Mio. Euro, der Förderbetrag liege bei 2-3 Mio. Euro.

Neben der Kritik hoffe er, dass man als Stadtrat gemeinsam agiere und es schaffe, für die Zukunft Änderungen herbeizuführen. Der Haushaltsentwurf spiegele viele Punkte wider, die man in der Vergangenheit zugesagt habe. Man investiere in die Kitas, die Grundschulen, die freiwilligen Ganztagschulen und erfülle somit den von oben vorgegebenen Rechtsanspruch. Aber auch die Feuerwehren erhielten viele Gelder für Investitionen, er bedanke sich an dieser Stelle gerne bei den vielen ehrenamtlichen Wehrleuten für ihr Engagement.

Die Vereine, die dafür sorgten, dass es in Merzig lebens- und lebenswert zugehe, unterstütze man mit Zuschüssen, ebenso die Stadtteile, beispielsweise mit dem Stadtteilbudget. Mit diesem Programm konnten viele Projekte umgesetzt werden, die den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort zu Gute kämen.

Bezüglich des Grunderwerbs zur Verlagerung des Baubetriebshofes habe sich die Verwaltung dankenswerterweise angestrengt und einen guten Kaufpreis erzielt. Weitere Projekte, die in den kommenden Jahren umgesetzt würden, seien das Starkregenkonzept, die integrierten Dorfentwicklungskonzepte, das Radverkehrskonzept, der Sport- und Freizeitpark und viele weitere.

Der Haushalt weise 100.000 Euro für den Zufahrtsschutz sowie Schilder für Veranstaltungen aus. Man müsse sich gerade bezüglich der Schilder fragen, ob man jedem Bedürfnis gerecht werden möchte. Bei den Umzügen müssten immer mehr Schilder aufgestellt werden. Was dort von Seiten der Verwaltungen immer weiter aufgesattelt werde, sei von den Bürgern vor Ort weit entfernt; man setze sich bürokratische Denkmäler. Dankbar sei er daher, dass die Stadt die Faschingsvereine unterstütze, um zumindest den finanziellen Aufwand aufzufangen. Beim Zufahrtsschutz sehe man, dass man Veranstaltungen nahezu hermetisch

abriegele. Dies sei zwar eine Maßnahme, mit der man auf die jüngsten Ereignisse reagiere, er wundere sich aber persönlich, dass man versuche, jeder Lebensangst gerecht zu werden. Er wolle keine Sicherheitskonzepte hinterfragen, die Terroristen hätten es aber anscheinend geschafft, dass wir die Art, in der wir leben wollten, aufgegeben hätten. Es sei egal, aus welchem Spektrum die Bedrohung komme, es stelle sich aber deutlich dar, dass Forderungen und Vorgaben von oben nach unten durchschlügen und die Ehrenamtler trafen. An dieser Stelle müssten alle Parteien zusammenarbeiten, um die Ursachen der Angst zu bekämpfen und die ehrenamtlichen Helfer zu entlasten.

Auf der Einnahmenseite habe man es geschafft, viele Unternehmen anzuziehen, die in der Stadt Arbeitsplätze schafften und vor allem investierten.

Seine Fraktion begrüße es, dass im Stellenplan die unteren Lohngruppen angehoben würden und Mitarbeiter verdiente Beförderungen erhielten. Man stehe in Konkurrenz mit der Wirtschaft und schaffe es deshalb nur mit einem guten Umfeld, die Kräfte zu halten.

Wünsche habe man zwar noch viele, dennoch stimme die CDU-Fraktion dem Haushaltsplan und dem Stellenplan zu.

Fraktionsvorsitzender Oehm (SPD) betont, er habe einen anderen Ansatz als sein Vorredner und wolle sich eher auf das konzentrieren, was zum Wirkungskreis des Stadtrates gehöre. Man habe die Hoffnung bezüglich der finanziellen Lage, dass man möglichst bald auch Dinge angehen könne, die auf der Wunschliste ständen. Er danke im Rahmen der Haushaltsberatung vor allem dem Team um Frau Müller, das immer bei allen Anliegen mit viel Geduld Rede und Antwort gestanden habe. Generell sei, wie bereits von den Vorrednern ausgeführt, die stetige Erhöhung der Kreisumlage ein schwieriges und komplexes Thema. Es sei aber wichtig und auch gut, dass man sich in vielen Bereichen um Zuschüsse bemüht habe, ohne die viele Projekte nicht umsetzbar wären. Trotz der angespannten Situation und wenig Spielraum liege mit dem Haushaltsplan ein guter Investitionsplan vor. Wie auch bereits angesprochen sei die SHG Klinik in großen Teilen daran schuld, dass man keine rosige Haushaltslage habe. Für die Stadt sei es aber wichtig, dass die Klinik und auch die damit verbundenen Arbeitsplätze erhalten blieben.

Ein weiterer Schwerpunkt sei der Bereich Bildung. Die SPD-Fraktion begrüße es sehr, dass auch der vorliegende Haushalt einen Schwerpunkt auf Bildung und Betreuung lege. Die Bildungsinvestitionen blieben hoch. Die Renovierung und Erweiterung der Kita St. Josef und der Ersatzneubau der Kita Schneckenhaus sollten im Frühjahr abgeschlossen sein. Weitere Projekte umfassten die Kita Fellenbergstift, den Neubau der Kita Hilbringen/Seitert und die Erweiterung der Nachmittagsbetreuung an der Grundschule Hilbringen, wo man auch ein neues, innovatives Energiekonzept umsetze. Es sei gut und wichtig, dass man für ausreichend Plätze Sorge, aber auch für eine qualitativ gute Bildung und gute Startchancen für Kinder. Ein Dank gelte an dieser Stelle dem Personal in den Kitas und Schulen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendhauses, die eine sehr gute, wichtige und wertvolle Arbeit leisten.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Haushaltes sei die Stärkung der Stadtteile. Mit dem Stadtteilbudget stärke man die Stadtteile vor Ort und man schaffe neue Perspektiven, beispielsweise durch das Neubaugebiet „Gröbelknöpfchen“ in Brotdorf, den Umbau des Dorfplatzes in Besseringen und viele weitere Projekte durch das ISEK. Man unterstütze weiterhin diese Vorgehensweise. Auch in der Kernstadt gehe es 2025 weiter. Nach dem Neubau der Barmer und der V&B Fliesen GmbH werde neuer Wohnraum in der Schankstraße geschaffen und damit auch die Anbindung der Neuen Mitte Merzig an die Fußgängerzone verbessert.

Für die SPD-Fraktion werde es auch weiterhin wichtig sein, dass man den sozialen Wohnungsbau nicht aus den Augen verliere. Denn bezahlbarer Wohnraum bleibe ein zentrales Anliegen der Fraktion. In diesem Jahr sei noch der Spatenstich für zwei barrierefreie Gebäude mit insgesamt 44 Wohnungen in der Schalthaussiedlung. Erfreulich und spannend sei auch das V&B Gelände, dessen Entwicklung eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre darstelle. Man sei gespannt, wie dieses Projekt vorangehe.

Ebenfalls wolle er auf die herausragenden Leistungen von Feuerwehren und weiteren Hilfsorganisationen eingehen. Er danke allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement. Die Feuerwehr werde modernisiert, neue Gerätehäuser und Fahrzeuge stärken die Sicherheit der Bevölkerung.

Weiterhin seien der Tourismus und ein gutes Kulturangebot Kernthemen der Stadt. Ob der Wolfspark, die Modernisierung des Sport- und Freizeitparks mit neuen Verkehrswegen und dem neu gestalteten Eingangsbereich oder die Realisierung des Freizeitsees, nahe des Bades gelegen, würden von der SPD-Fraktion sehr positiv bewertet. Es sei weiterhin wichtig ein breites Kulturangebot in der Stadt zu haben und die Kultureinrichtungen und Vereine zu unterstützen.

Ein weiteres großes Thema seien der Klima- und Umweltschutz. Mit den Klimaanpassungsmanagern würden Maßnahmen umgesetzt, die die Stadt widerstandsfähiger gegenüber den Wetterextremen machen sollen. Hochwasserschutz, Bildungsprojekte für nachhaltigen Energiegebrauch in Kitas und Grundschulen sowie die Förderung des Radverkehrs mit der Umsetzung des Radverkehrskonzepts vom Verkehrskreisel Besseringen bis zum Stadtpark – hier sei man auf einem guten Weg.

Die Verwaltung setze auch in diesem Jahr auf die Ausbildung eigener Kräfte, auch das begrüße man sehr und halte das für den richtigen Weg. Auch die Höhergruppierungen und Neueinstellungen, die notwendig seien, um als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben, seien eine wichtige und notwendige Strategie. Die SPD-Fraktion halte die Maßnahmen im Stellenplan für sinnvoll, auch in Bezug auf die Übernahmen und Höhergruppierungen sowie die Beförderungen. Daher werde man dem Stellenplan zustimmen.

Man sei im Stadtrat gewillt und bemüht, alle an die Mitglieder gestellten Aufgaben mit Vernunft, Weitsicht und Verantwortung zu erfüllen und die Stadt weiter voranzubringen. Man war in der Vergangenheit und sei auch in der Zukunft darum bemüht, wichtige und sinnvolle Investitionen zu tätigen – verantwortungsvoll im Sinne der Stadt und der Stadtteile. Die Verwaltung leiste hier eine sehr gute Arbeit, daher danke die Fraktion allen Bereichen der städtischen Verwaltung, allen Interessierten und Ehrenamtlichen, die die Arbeit des Rates unterstützen, für die ganzjährige Arbeit sowie den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern für ihre wertvolle und wichtige Arbeit vor Ort. Man stimme seitens der SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushalts- und Stellenplan zu.

Der Vorsitzende greift die Frage nach dem Stand der Arbeiten in der Kita Schneckenhaus auf und erklärt, es sei beabsichtigt, dass die Lebenshilfe in den kommenden Osterferien umziehen werde. Dort könne der Betrieb dann nach den Osterferien wieder aufgenommen werden.

Fraktionsvorsitzender Morbe (FWM/FDP) führt aus, man erkenne an, dass die Stadtverwaltung alles möglich gemacht habe, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen zu können. Dass dies nicht gelungen sei, müsse man so hinnehmen. Aber man werde dem vorgelegten Haushaltsplan zustimmen. Die Fraktion sehe jedoch ein Problem im Stellenplan.

Man sehe es als richtig an, die niedrigeren Gehaltsstufen höher zu gruppieren, jedoch sehe man ein Problem darin, die höheren Gehaltsstufen höher zu gruppieren. Deshalb wolle man sich beim Stellenplan enthalten. Er beantrage daher eine getrennte Abstimmung über Haushalts- und Stellenplan.

Stadtratsmitglied Wilhelm (Bündnis 90/Die Grünen) betont, der Haushaltsplan sehe nicht so gut aus, wie man sich das gerne vorstellen würde. Hierfür sei jedoch nicht die Stadtverwaltung verantwortlich. Es seien die zusätzlichen Belastungen, die auf die Kommunen von verschiedenen Seiten zugekommen wären, hier auch die Kreisumlage, die sich stark auswirke. Einen großen Teil des Anstiegs der Kreisumlage mache die SHG Klinik aus, die man erhalten wolle. Die geplanten Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen, vor allem im Erziehungs- und Bildungsbereich, sehe man als positiv und richtig an. Ebenso wichtig seien die Investitionen in Radwege. Denn es sei hoffentlich in Zukunft so, dass der Radverkehr eine größere Rolle spielen werde. Trotz der angespannten Finanzlage müsse man versuchen, einen Sanierungsstau zu vermeiden, da die Folgekosten sicherlich noch höher wären. Anstehende Sanierungen müssten nach Möglichkeit durchgeführt werden. Zur Steigerung von Einnahmen wolle man die Bürger nicht belasten. Eine Idee könnte sein, da man in der Kreisstadt DAS BAD und viele kulturelle Einrichtungen zur Verfügung stelle, dass der Landkreis hier unterstützen könnte. Denn es würden auch viele Gäste aus den übrigen Kommunen die Einrichtungen nutzen. Wobei die Finanzmittel hierzu aus den Nachbargemeinden kommen müssten, die jedoch ihrerseits die gleichen finanziellen Probleme hätten wie die Kreisstadt. Einsparen könnte man vielleicht bei Projekten, die man nicht unbedingt brauche, und was nicht als Renovierungskosten gelte. Als Beispiel hierzu sei der Freizeitsee in den Saarwiesen genannt. Dieses Projekt könne man nach seinem Dafürhalten hinten an stellen. Generell sei man froh, dass es der Verwaltung gelungen sei, ein vernünftiges Zahlenwerk vorzulegen. Dem werde man auch zustimmen.

Der Vorsitzende stimmt der Aussage seines Vorredners zu, dass die Kreisstadt Ausgaben habe, die die Nachbarkommunen nicht hätten, beispielsweise durch DAS BAD, das angesprochen worden sei oder auch die Stadthalle mit den vielen Veranstaltungen. Ein weiteres Beispiel sei auch die Bibliothek. Diese Orte wolle man für die Bürgerinnen und Bürger als Kreisstadt vorhalten, wovon aber natürlich auch Bürgerinnen und Bürger der Nachbarkommunen profitierten. Es sei richtig, dass die Nachbarkommunen die gleichen Probleme hätten wie die Kreisstadt. Diese würden sich daher auch nicht an den städtischen Kosten beteiligen, auch wenn es wünschenswert wäre.

Stadtratsmitglied Mastel (AfD) spricht für die AfD-Fraktion der Feuerwehr, dem Team um Ressortleiterin Müller und der gesamten Verwaltung einen Dank aus für die vorbildliche und engagierte Arbeit des vergangenen Jahres. Die unermüdliche Arbeit, die Bemühungen und der Einsatz aller trügen maßgeblich zur Sicherheit und zum Wohlstand der Stadt bei. Leider habe man einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt, der ein Defizit von 7,6 Mio. Euro aufweise. Man hoffe, dass der Saarlandpakt reformiert werde, um eine bessere finanzielle Situation für die Stadt zu erreichen.

Man habe jedoch trotz des Defizits sehr wichtige Themen, wie z.B. den Hochwasserschutz, den man in den Fokus rücken sollte. Es sei von hoher Bedeutung, dass man alles in der Macht der Stadt und des Rates stehende tue, um sicherzustellen, dass man im Saarland derartige Katastrophen in Zukunft vermeiden könne. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger solle immer an oberster Stelle stehen.

Zusätzlich sei es unabdingbar, dass man für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbaren Wohn-

raum zur Verfügung stelle. Ebenso müsse man auch die Kinder in den Fokus rücken. Man müsse in die Bildung investieren, damit man die Fachkräfte in Zukunft besser ausbilden und auf den Arbeitsmarkt vorbereiten könne.

Man sehe es sehr positiv, dass Feuerwehr und Baubetriebshof gestärkt würden. Daher befürworte man sehr, dass der Baubetriebshof ein neues Gebäude erhalte. Weiterhin sei es wichtig, den Rentnern einen Dank auszusprechen. Trotz aller Herausforderungen solle man die positiven Entwicklungen der Kreisstadt nicht aus dem Auge verlieren. 44 neue Wohnungen im Bereich Sozialbau seien gut für die Stadt und würden diese weiter voranbringen.

Der Stadtpark mit der neu aufgebauten Saline sei ein großer Gewinn für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger. Der Park biete Jung und Alt viele Möglichkeiten der Freizeitbeschäftigung. Auch im Bereich Tourismus biete Merzig vielversprechende Perspektiven. Der Ausbau des Sport- und Freizeitparks sei eine wertvolle Bereicherung für alle Besucher, seien es Einheimische oder Gäste aus der Umgebung. Dort habe man DAS BAD und ein Hotel, wodurch der Bereich ein attraktives Ziel für Besucherinnen, Besucher und Familien sei. Die AfD-Fraktion stimme daher ebenfalls dem Haushalts- und Stellenplan zu.

Der Vorsitzende dankt abschließend, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen, allen Fraktionen für die Wortmeldungen und dafür, dass die Bemühungen der Verwaltung entsprechend gesehen würden.

Auf Antrag der Fraktion FWM/FDP wird über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025 und den Stellenplan 2025 separat abgestimmt.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025.

Abstimmungsergebnis 1:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt den Stellenplan 2025.

Abstimmungsergebnis 2:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	5

Der Stadtrat beschließt im Rahmen des Haushaltsgenehmigungsverfahrens einen Antrag nach § 8 Absatz 4 und 5 Saarlandpaktgesetz an das Ministerium für Inneres Bauen und Sport zu richten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

10 Werbeanlagen- und Warenautomatensatzung "Kreisstadt Merzig", 2024/0207
1. Fortschreibung; Einleitung des Verfahrens ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erklärt, alle beteiligten Ortsräte und der Bauausschuss hätten der Vorlage zugestimmt.

Beschluss:

1. Einleitung des Verfahrens
2. Billigung des Entwurfes der 1. Fortschreibung des Werbeanlagen- und Warenautomatenkonzeptes inkl. Entwurf der 1. Fortschreibung der Satzung
3. Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden
4. Beschluss der Veröffentlichung im Internet sowie parallelen Auslegung

Die Einleitung des Verfahrens wird beschlossen und der Entwurf der 1. Fortschreibung des Werbeanlagen- und Warenautomatenkonzeptes inkl. Entwurf der 1. Fortschreibung der Satzung gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit analog § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange analog § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden analog § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

11 Errichtung eines Mobilfunkmastes im Stadtteil Brotdorf 2024/0188
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende führt aus, dass der Ortsrat Brotdorf und der Fachausschuss zugestimmt hätten.

Beschluss:

Der Errichtung eines Mobilfunkmastes auf einer Teilfläche des Grundstückes Gemarkung Brotdorf Flur 1 Nr. 17/10 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

12 Wegenetzstruktur auf dem Friedhof Propsteistraße**2024/0118**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende fasst die Vorlage kurz zusammen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die vorhandene Wegenetzstruktur auf dem Propsteifriedhof mit befestigten Hauptwegen und natürlichen Seitenwegen in ihrer Art zu belassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

13 Verabschiedung des Abfallvermeidungskonzeptes der Kreisstadt Merzig**2024/0151**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage in Kürze und dankt allen beteiligten Verwaltungsmitarbeitern, die zur Erarbeitung des Konzepts beigetragen hätten.

Beschluss:

Das Abfallvermeidungskonzept der Kreisstadt Merzig wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

14 Kostenübernahme des Brauchtumsgutachtens; hier: Antrag der Freie Wähler Merzig/FDP-Stadtratsfraktion **2025/0359**
ungeändert beschlossen

Der Vorsitzende erklärt zur Vorlage, dass man sich im Vorfeld auch telefonisch besprochen habe. Denn die Verwaltung sehe ihrerseits auch die Notwendigkeit, die Gruppen mit Motivwagen zu unterstützen. Man habe nahezu zeitgleich zum eingereichten Antrag die Idee in der Vorlage erarbeitet. Der Ansatz der Stadt sei es, für jede Teilnahme an einem Umzug im Stadtgebiet 50 Euro zu zahlen, bei 3 Teilnahmen an verschiedenen Umzügen seien dies 150 Euro. So hoch sei im Schnitt auch die Gebühr für das Gutachten, das für die Gruppen anfalle. Der Antrag der Stadtratsfraktion FWM/FDP gehe in eine ähnliche Richtung – mit dem Unterschied, dass die Gebühr in vollem Umfang übernommen werden solle.

Stadtratsmitglied Reinert (FWM/FDP) erklärt, man habe als Fraktion den Antrag gestellt, da diesmal ein Gutachten zur Teilnahme an einem Faschingsumzug verpflichtend sei. Dies habe zu vielen offenen Fragen geführt. Bis zur Informationsveranstaltung im Januar sei nicht klar gewesen, welche Voraussetzungen für das Gutachten notwendig seien. Auch der KÜS habe die Fragen bis zu diesem Zeitpunkt nicht beantworten können. Die Gruppen hätten Mehrkosten durch das Gutachten, die teilweise für diese nicht zu stemmen seien und daher zur Nichtteilnahme führen würden. Hier sehe man ein Sterben der Faschingsumzüge und einen Teil des Brauchtums in Gefahr. Herr Reinert erläutert im Namen der FWM/FDP-Fraktion, dass man den Vorschlag der Verwaltung mittragen werde, abweichend vom eigenen Antrag. Daher wird nicht über den Antrag der Fraktion abgestimmt.

Der Vorsitzende ergänzt, dass man auch bei der Verwaltung überrascht gewesen sei, da man über diese Änderung ebenfalls erst im Januar informiert worden sei.

Fraktionsvorsitzender Oehm (SPD) hakt nach, ob es nicht zu viel bürokratischer Aufwand sei, festzustellen, welcher Verein an welchem Umzug teilgenommen habe. Er fragt, ob es nicht einfacher sei, jedem Verein mit Motivwagen gleich die 150 Euro auszuzahlen.

Der Vorsitzende führt aus, man habe seitens der Stadtverwaltung eine Liste erstellt, die alle Veranstalter bekämen und dann eintragen könnten, welche Motivwagen beim Umzug teilgenommen haben. Zudem werde die Kontonummer eingetragen, sodass man seitens der Verwaltung im Anschluss unbürokratisch das Geld überweisen könne. Die andere Variante sei schwierig. Würde ein Wagen aus Mettlach am Schwemlinger Umzug teilnehmen, so bekäme dieser 150 Euro. Möglicherweise nehme dieser Wagen an weiteren Umzügen außerhalb des Stadtgebietes teil. Dann hätte dieser Wagen schon durch die Teilnahme im Stadtgebiet das Geld für das Gutachten komplett erhalten, könnte unter Umständen in Orten, die auch ähnlich wie die Kreisstadt eine finanzielle Unterstützung auszahlen, nochmal Geld erhalten. Daher habe man seitens der Verwaltung einen anderen Ansatz gewählt, in dem man die fairste Lösung sehe.

Beschluss:

Der Stadtrat folgt dem Vorschlag der Verwaltung, dass die Kreisstadt Merzig jeden Motivwagen, der an einem Umzug im Merziger Stadtgebiet teilnimmt, mit 50 EUR pro Umzug unterstützt, maximal werden 150 EUR bezuschusst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
40	0	0

15 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende informiert seitens der Stadtverwaltung über folgende Punkte:

- a) Bezüglich der anstehenden Bundestagswahl sehe die Situation aktuell im Briefwahllokal so aus, dass man bei sehr stark ausgedehnten Öffnungszeiten bis zum heutigen Tag, Stand 14 Uhr, insgesamt schon einen Anteil an Briefwählern von 29,43 % verzeichnen habe können. Bis zum folgenden Tag um 15 Uhr sei das Briefwahllokal noch geöffnet. Das sei jetzt schon mehr als bei der Bundestagswahl 2021.
- b) Man habe im Haushalt 2024 Gelder in größeren Summen für die LED-Straßenbeleuchtung eingestellt. Aber aufgrund der aktuellen Situation in der Bundesregierung könne der Bundeszuschuss für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED nicht bewilligt werden. Daher könne man die Leuchten noch nicht entsprechend umstellen. So sei auch der von der Stadt ursprünglich vorgesehene Zeitplan nicht haltbar. Dennoch wolle man aber die ersten Leuchten jetzt austauschen, jedoch nur solche, für die die Landesförderung gelte. Hierzu befinde man sich derzeit mit der energis und dem Zuschussgeber in Abstimmung. Sobald die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn vorliege und die Vergabe abgestimmt sei, könne mit dieser Maßnahme begonnen werden. Man hoffe sehr, dass, sobald die neue Bundesregierung stehe, auch die übrigen bereits beantragten Zuschüsse bewilligt würden.
- c) Bezüglich der Reaktivierung der Eisenbahn Merzig-Losheim müsse man Mitte April ein Votum abgeben und werde daher in der nächsten Stadtratssitzung ein Votum des Rates einholen. Man werde sich aber vorher noch in einer Runde mit den Fraktionsvorsitzenden zusammenfinden und hoffe, einen gemeinsamen Antrag formulieren zu können. Man werde das Thema auch im Vorfeld noch im Hauptausschuss diskutieren.
- d) Die Kita Hilbringen habe kurzfristig geschlossen werden müssen. Möglicherweise gebe es dort feuchte Stellen. Dies sei am Montagabend festgestellt worden. Am Dienstag sei man darüber informiert worden in der Verwaltung, habe dann sofort reagiert, und die Kita vorsorglich geschlossen. Daher hätten die Kinder am Mittwoch nicht betreut werden können. Parallel habe man kurzfristig für eine Alternativlösung für die Eltern gesorgt, indem die Kinder nun in der Kita Besseringen betreut würden aktuell und bis auf Weiteres. Man hoffe, dass dies nur für einen kurzen Zeitraum notwendig sei. Es seien in Hilbringen in der Zwischenzeit Messungen an den vermeintlich feuch-

ten Stellen durchgeführt worden. Dabei seien keine Auffälligkeiten festgestellt worden. Man wolle dennoch so weit wie möglich vorsorgen und habe deshalb eine Raumluftuntersuchung beauftragt. Diese habe heute stattgefunden. Bis die abschließenden Ergebnisse vorlägen, bliebe die Kita geschlossen. Vermutlich lägen die Ergebnisse in der kommenden Woche vor und man würde dann die Eltern informieren, ob die Kinder wieder in Hilbringen in der Kita Seitert betreut werden könnten. Darüber werde man aber auch die Mitglieder des Rates auf dem Laufenden halten.